

## Vorblatt

**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Protokoll vom 3. Juni 1971  
betreffend die Auslegung des Übereinkommens  
vom 27. September 1968  
über die gerichtliche Zuständigkeit  
und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen  
in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof  
(Gesetzentwurf der Bundesregierung)**

### **A. Zielsetzung**

Das (EWG-)Übereinkommen vom 27. September 1968 (Drucksache VI/1973) führt für die Mitgliedstaaten einheitliche Vorschriften ein, welche die Zuständigkeit der Gerichte für Verfahren, die Beziehungen zu den Gebieten mehrerer Vertragsstaaten aufweisen, festlegen sowie die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und anderen Schuldtiteln sicherstellen. Diese Rechtseinheit könnte wieder verlorengehen, wenn die einheitlichen Vorschriften von den Gerichten der einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt würden. Ein solches Auseinanderlaufen der Rechtsprechung zwischen den Mitgliedstaaten soll vermieden werden.

### **B. Lösung**

Dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften wird die Zuständigkeit übertragen, im Wege der Vorabentscheidung (Vorbild: Artikel 177 EWG-Vertrag) über Auslegungsfragen zu dem Übereinkommen zu erkennen. Außerdem wird eine Vorlage auch nach rechtskräftigem Abschluß eines Verfahrens

zugelassen, wenn die Entscheidung von der Beurteilung einer Auslegungsfrage abweicht, die ein Urteil des Gerichtshofs oder eines höheren Gerichts eines anderen Mitgliedstaates enthält; derartige Anträge soll in der Bundesrepublik Deutschland der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof stellen.

**C. Alternativen**

keine

**D. Kosten**

Durch das Inkrafttreten des Gesetzes entstehen keine unmittelbaren Kosten; nach einer gewissen Anlaufzeit ist nicht auszuschließen, daß personelle Anforderungen, insbesondere des Gerichtshofs, auch mit den neuen Aufgaben, deren Umfang sich noch nicht abschätzen läßt, begründet werden.

**Bundesrepublik Deutschland**  
**Der Bundeskanzler**

I/4 (I/3) — 451 00 — Üb 19/72

Bonn, den 27. März 1972

An den Herrn  
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die  
Auslegung des Übereinkommens vom 27. September  
1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und  
die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in  
Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof

mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Protokolls betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 und die Denkschrift zum Protokoll mit einer Anlage sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 378. Sitzung am 24. März 1972 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

**Brandt**



**Entwurf eines Gesetzes  
zu dem Protokoll vom 3. Juni 1971  
betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968  
über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung  
gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen  
durch den Gerichtshof**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 3. Juni 1971 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

In dem Beschluß, mit dem die Auslegungsfrage dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorgelegt wird, ist die auszulegende Vorschrift zu bezeichnen sowie die zu klärende Auslegungsfrage darzulegen. Ferner ist der Sach- und Streitstand, soweit dies zur Beurteilung der Auslegungsfrage erforderlich ist, in gedrängter Form darzustellen.

Artikel 3

Die Aufgaben der zuständigen Stelle im Sinne des Artikels 4 des Protokolls nimmt der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wahr.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 8 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

## Begründung

### Zu Artikel 1

Das Protokoll bezieht sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung. Es bedarf daher nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

### Zu Artikel 2

Das Protokoll enthält — ebenso wie Artikel 177 EWG-Vertrag, der als Vorbild diente — keine Bestimmung über Form und Inhalt der Vorlage, mit der ein nationales Gericht eine Auslegungsfrage dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften unterbreitet. Bei den Verhandlungen, in denen das Protokoll vorbereitet wurde, bestand Einverständnis darüber, daß es dem nationalen Gesetzgeber freisteht, für seine Gerichte näher zu regeln, welche Angaben die Vorlage enthalten soll. Allerdings dürfen derartige Bestimmungen keine zusätzlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Vorlage enthalten. Diese Bedeutung soll der Ordnungsvorschrift des Artikels 2 auch nicht zukommen.

Artikel 2 will den Gerichten die zweckmäßige Abfassung des Vorlagebeschlusses erleichtern. Die ordnungsmäßige Durchführung des Vorlageverfahrens hängt wesentlich davon ab, daß das nationale Gericht die Frage, zu der die Auslegung erbeten wird, sachgerecht formuliert. Die Auslegungsfrage darf nicht zu abstrakt gestellt werden; vielmehr soll die Anfrage erkennen lassen, „innerhalb welches konkreten rechtlichen Rahmens die erbetene Auslegung erfolgen soll“ (EGH, Urteil vom 14. Juli 1971, Zeitschrift für Zölle und Verbrauchersteuern, 1971, 271). Andererseits darf auch nicht eine solche Entscheidung des Gerichtshofs begehrt werden, die über die Auslegung der vertraglichen Vorschrift hinaus deren Anwendung auf den bestimmten Fall bedeuten würde. Deshalb macht es Artikel 2 dem innerstaatlichen Gericht zur Pflicht, nicht nur die Vorschrift, zu der sich die Auslegungszweifel ergeben haben, zu bezeichnen, sondern auch die Auslegungsfrage selbst genau und vollständig darzulegen. In vielen Fällen wird es geboten sein, die unterschiedlichen Auffassungen, die in dem Verfahren zur Auslegungsfrage vorgebracht worden sind, kurz anzuführen. Zusätzlich wird vorgeschrieben, daß in der Vorlage auch der Sach- und Streitstand darzustellen ist. Damit wird der Gerichtshof in die Lage versetzt, die praktischen Auswirkungen und die Tragweite der von ihm verlangten Auslegung zu erkennen. Diese Mitteilung des Sachverhalts, auf den sich die Zweifelsfrage bezieht, ist besonders wichtig, weil der Gerichtshof nicht ein theoretisch-abstraktes Gutachten zu einer Rechtsfrage abgeben, sondern eine bestimmte Auslegungsfrage im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens klären soll. Die Darstellung des Sachverhalts soll möglichst kurz gefaßt sein und nur die zum Verständnis und zur Beurteilung der Auslegungsfrage erforderlichen Angaben enthalten.

Artikel 2 beschränkt sich darauf, lediglich die Angaben vorzuschreiben, die in der Regel zweckmäßig

erscheinen. Die Hinweise sind nicht erschöpfend. Den Gerichten muß bei der Abfassung eines Vorlagebeschlusses ein weiter Spielraum bleiben, damit sie jeweils der Eigenart des Einzelfalles gerecht werden können.

### Zu Artikel 3

Artikel 4 des Protokolls sieht ein neuartiges Verfahren vor. Danach kann die „zuständige Stelle“ eines Vertragsstaats die rechtskräftige Entscheidung eines eigenen Gerichts zum Anlaß nehmen, bei dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften die Klärung einer Auslegungsfrage zu beantragen, die das eigene Gericht abweichend von einer Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften oder von einer in einem anderen Vertragsstaat ergangenen höchstrichterlichen Entscheidung beurteilt hat. Die Entscheidung des Gerichtshofs berührt die Rechtskraft des nationalen Urteils nicht. Die Vorlage nach Artikel 4, die für Ausnahmefälle die Vorlage nach den Artikeln 2 und 3 ergänzen soll, hat den Zweck, Widersprüche in der Rechtsprechung der Vertragsstaaten durch die richtungweisende Entscheidung des Gerichtshofs für die Zukunft zu vermeiden.

Das Verfahren nach Artikel 4 hat die „Kassation im Interesse des Gesetzes“ des französischen Rechtskreises zum Vorbild. Es erfüllt aber auch in etwa die Aufgabe eines „Gutachtenverfahrens“ oder einer „Staatenklage“ bei Auslegungsschwierigkeiten, die internationale Übereinkommen (meist vor Schiedsinstanzen) zuweilen vorsehen.

Als zuständige Stelle, die Anträge nach Artikel 4 Abs. 1 zu stellen hat, soll in der Bundesrepublik Deutschland der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof tätig werden. Diese Zuständigkeit liegt schon unter dem Gesichtspunkt der Einheitlichkeit nahe; denn in den anderen Vertragsstaaten werden die Generalstaatsanwälte bei den Kassationsgerichtshöfen die zuständige Stelle sein (Artikel 4 Abs. 3 des Protokolls). Für die Wahl des Generalbundesanwalts spricht ferner, daß das Verfahren nach Artikel 4 zum Bereich der Gerichtsbarkeit gehört.

### Zu Artikel 4

Das Protokoll soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

### Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Zeitpunkts, zu dem das Gesetz in Kraft tritt (Absatz 1), entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Das Protokoll tritt nach seinem Artikel 8 am ersten Tage des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgt. Dieser Zeitpunkt ist, wie bei internationalen Übereinkommen üblich, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben (Absatz 2).

**Schlußbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch das Inkrafttreten des Protokolls nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Wie bereits die Erörterungen im Sachverständigenausschuß, der das Protokoll vorbereitete, ergeben haben, läßt sich die Belastung, die mit der neuen Zuständigkeit für den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften verbunden sein könnte, kaum im voraus abschätzen. Nach einer gewissen Anlaufzeit können die Vorlagen arbeitsmäßig ins Gewicht fallen. Möglicherweise kann früher oder später die neue Kompetenz dazu führen, daß die Forderung nach einer personellen Verstärkung, insbesondere im Bereich des Gerichtshofs, auch auf diese zusätzliche Arbeitsbelastung gestützt wird. Obwohl der Gerichtshof aus dem Haushalt der Europäischen

Gemeinschaften finanziert wird, hätte eine Erhöhung seines Etats mittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten.

Ähnliches gilt für die finanziellen Auswirkungen, die mit der Bestellung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof als zuständige Stelle nach Artikel 4 Abs. 1 des Protokolls (Artikel 3) verbunden sein könnten. Auch der Arbeitsaufwand, der für diese Behörde mit der neuen Aufgabe verbunden ist, läßt sich kaum im voraus abschätzen, zumal der in Artikel 4 des Protokolls vorgesehene Rechtsbehelf bisher dem deutschen Recht fremd ist. Aller Voraussicht nach wird aber die Belastung für den Generalbundesanwalt nicht besonders stark sein, weil der Rechtsbehelf nach Artikel 4 nur subsidiär die Vorlage nach den Artikeln 2 und 3 ergänzen soll und deshalb von ihm lediglich in Ausnahmefällen Gebrauch zu machen sein wird.

**Protokoll**  
betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968  
über die gerichtliche Zuständigkeit  
und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen  
in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof

**Protocole**  
concernant l'interprétation par la Cour de Justice  
de la Convention du 27 septembre 1968  
concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions  
en matière civile et commerciale

Die Hohen Vertragsparteien des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft —

unter Bezugnahme auf die Erklärung zu dem am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen —

haben beschlossen, ein Protokoll zu schließen, durch das dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften bestimmte Zuständigkeiten zur Auslegung des genannten Übereinkommens übertragen werden, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIEN:

Herrn Alfons V r a n c k x,  
Minister der Justiz;

DER PRÄSIDENT  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

Herrn Gerhard J a h n,  
Bundesminister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK:

Herrn René P l e v e n,  
Siegelbewahrer,  
Minister der Justiz;

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK:

Herrn Erminio P e n n a c c h i n i,  
Staatssekretär im Ministerium der Justiz;

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT  
DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG:

Herrn Eugène S c h a u s,  
Minister der Justiz,  
Stellvertretender Ministerpräsident;

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE:

Herrn C. H. F. P o l a k,  
Minister der Justiz.

DIESE im Rat vereinigten Bevollmächtigten sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet über die Auslegung des am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, des dem Übereinkommen beigegebenen, am selben Tag und am selben Ort unterzeichneten Protokolls und über die Auslegung des vorliegenden Protokolls.

Les Hautes Parties Contractantes au Traité instituant la Communauté Economique Européenne,

Se référant à la Déclaration annexée à la Convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, signée à Bruxelles le 27 septembre 1968,

Ont décidé de conclure un Protocole attribuant compétence à la Cour de Justice des Communautés Européennes pour l'interprétation de ladite Convention et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES:

M. Alfons V r a n c k x,  
Ministre de la Justice;

LE PRÉSIDENT  
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:

Herr Gerhard J a h n,  
Ministre fédéral de la Justice;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE:

M. René P l e v e n,  
Garde des Sceaux,  
Ministre de la Justice;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE:

M. Erminio P e n n a c c h i n i,  
Sous-Secrétaire d'Etat au Ministère  
de la Justice et des Grâces;

SON ALTESSE  
ROYALE LE GRAND-DUC DE LUXEMBOURG:

M. Eugène S c h a u s,  
Ministre de la Justice,  
Vice-Président du Gouvernement;

SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS:

Mr. C. H. F. P o l a k,  
Ministre de la Justice.

LESQUELS, réunis au sein du Conseil, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS QUI SUIVENT:

Article 1

La Cour de Justice des Communautés Européennes est compétente pour statuer sur l'interprétation de la Convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale et du Protocole annexé à cette Convention, signés à Bruxelles le 27 septembre 1968, ainsi que du présent Protocole.



Protocollo  
relativo all'interpretazione da parte della Corte  
di Giustizia della Convenzione  
del 27 settembre 1968 concernente la competenza giurisdizionale  
e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale

Protocol  
betreffende de uitlegging door het Hof van Justitie van het Verdrag  
van 27 september 1968 betreffende de rechterlijke bevoegdheid  
en de tenuitvoerlegging van beslissingen in burgerlijke en handelszaken

Le Alte Parti Contraenti del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea,

Facendo riferimento alla Dichiarazione allegata alla Convenzione concernente la competenza giurisdizionale e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale, firmata a Bruxelles il 27 settembre 1968,

Hanno deciso di stipulare un Protocollo che conferisce competenza alla Corte di Giustizia delle Comunità Europee per l'interpretazione della suddetta Convenzione ed hanno designato a tal fine quali plenipotenziari:

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI:

Signor Alfons V r a n c k x ,  
Ministro della Giustizia;

IL PRESIDENTE  
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA:

Signor Gerhard J a h n ,  
Ministro Federale della Giustizia;

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE:

Signor René P l e v e n ,  
Guardasigilli,  
Ministro della Giustizia;

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA:

Signor Erminio P e n n a c c h i n i ,  
Sottosegretario di Stato per la Grazia e la Giustizia;

SUA ALTEZZA REALE IL GRANDUCA  
DEL LUSSEMBURGO:

Signor Eugène S c h a u s ,  
Ministro della Giustizia,  
Vicepresidente del Governo;

SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI:

Signor C. H. F. P o l a k ,  
Ministro della Giustizia.

I QUALI, riuniti in seno al Consiglio, dopo aver scambiato i loro pieni poteri riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO LE DISPOSIZIONI CHE SEGUONO:

A r t i c o l o 1

La Corte di Giustizia delle Comunità Europee è competente a pronunciarsi sull'interpretazione della Convenzione concernente la competenza giurisdizionale e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale e del Protocollo allegato a detta Convenzione, firmati a Bruxelles il 27 settembre 1968, nonché sull'interpretazione del presente Protocollo.

De Hoge Partijen bij het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap,

Verwijzende naar de Verklaring gehecht aan het Verdrag betreffende de rechterlijke bevoegdheid en de tenuitvoerlegging van beslissingen in burgerlijke en handelszaken, ondertekend te Brussel op 27 september 1968,

Hebben besloten een Protocol te sluiten waarbij aan het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen bepaalde bevoegdheden worden toegekend om genoemd Verdrag uit te leggen en hebben te dien einde als hun Gevolmachtigden aangewezen:

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN:

de heer Alfons V r a n c k x ,  
Minister van Justitie;

DE PRESIDENT  
VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND:

de heer Gerhard J a h n ,  
Bondsminister van Justitie;

DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK:

de heer René P l e v e n ,  
Grootzegelbewaarder, Minister van Justitie;

DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK:

de heer Erminio P e n n a c c h i n i ,  
Staatssecretaris van Justitie;

ZIJNE KONINKLIJKE HOOGHEID  
DE GROOTHERTOG VAN LUXEMBURG:

de heer Eugène S c h a u s ,  
Minister van Justitie,  
Vice-Minister-President;

HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN:

de heer C. H. F. P o l a k ,  
Minister van Justitie.

DIE, in het kader van de Raad bijeen, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten,

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT OVER DE VOLGENDE BEPALINGEN:

A r t i k e l 1

Het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen is bevoegd om uitspraak te doen over de uitlegging van het Verdrag betreffende de rechterlijke bevoegdheid en de tenuitvoerlegging van beslissingen in burgerlijke en handelszaken en van het aan dat Verdrag gehechte protocol, beide ondertekend te Brussel op 27 september 1968, alsmede van het onderhavige protocol.

## Artikel 2

Folgende Gerichte können dem Gerichtshof eine Auslegungsfrage zur Vorabentscheidung vorlegen:

1. in Belgien: der Kassationsgerichtshof (Cour de Cassation — Hof van Cassatie) und der Staatsrat (Conseil d'Etat — Raad van State),  
in der Bundesrepublik Deutschland: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,  
in Frankreich: der Kassationsgerichtshof (Cour de Cassation) und der Staatsrat (Conseil d'Etat),  
in Italien: der Kassationsgerichtshof (Corte Suprema di Cassazione),  
in Luxemburg: der Obergerichtshof als Kassationsgericht (Cour supérieure de Justice siégeant comme cour de cassation),  
in den Niederlanden: der Hohe Rat (Hoge Raad);
2. die Gerichte der Vertragsstaaten, sofern sie als Rechtsmittelinstanz entscheiden;
3. in den in Artikel 37 des Übereinkommens vorgesehenen Fällen die in dem genannten Artikel angeführten Gerichte.

## Artikel 3

(1) Wird eine Frage zur Auslegung des Übereinkommens oder einer anderen in Artikel 1 genannten Übereinkunft in einem schwebenden Verfahren bei einem der in Artikel 2 Nr. 1 angeführten Gerichte gestellt und hält dieses Gericht eine Entscheidung darüber zum Erlaß seines Urteils für erforderlich, so ist es verpflichtet, diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Wird eine derartige Frage einem der in Artikel 2 Nr. 2 und 3 angeführten Gerichte gestellt, so kann dieses Gericht unter den in Absatz 1 festgelegten Voraussetzungen diese Frage dem Gerichtshof zur Entscheidung vorlegen.

## Artikel 4

(1) Die zuständige Stelle eines Vertragsstaats kann bei dem Gerichtshof beantragen, daß er zu einer Auslegungsfrage, die das Übereinkommen oder eine andere in Artikel 1 genannte Übereinkunft betrifft, Stellung nimmt, wenn Entscheidungen von Gerichten dieses Staates der Auslegung widersprechen, die vom Gerichtshof oder in einer Entscheidung eines der in Artikel 2 Nr. 1 und 2 angeführten Gerichte eines anderen Vertragsstaats gegeben wurde. Dieser Absatz gilt nur für rechtskräftige Entscheidungen.

(2) Die vom Gerichtshof auf einen derartigen Antrag gegebene Auslegung hat keine Wirkung auf die Entscheidungen, die den Anlaß für den Antrag auf Auslegung bildeten.

(3) Den Gerichtshof können um eine Auslegung nach Absatz 1 die Generalstaatsanwälte bei den Kassationsgerichtshöfen der Vertragsstaaten oder jede andere von einem Vertragsstaat benannte Stelle ersuchen.

(4) Der Kanzler des Gerichtshofs stellt den Antrag den Vertragsstaaten, der Kommission und dem Rat der Europäischen Gemeinschaften zu, die binnen zwei Monaten nach dieser Zustellung beim Gerichtshof Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben können.

## Article 2

Les juridictions suivantes ont le pouvoir de demander à la Cour de Justice de statuer à titre préjudiciel sur une question d'interprétation:

1. en Belgique: la Cour de Cassation — het Hof van Cassatie, et le Conseil d'Etat — de Raad van State,  
  
en République fédérale d'Allemagne: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,  
en France: la Cour de Cassation et le Conseil d'Etat,  
  
en Italie: la Corte Suprema di Cassazione,  
  
au Luxembourg: la Cour supérieure de Justice siégeant comme cour de cassation,  
  
aux Pays-Bas: de Hoge Raad;
2. les juridictions des Etats Contractants lorsqu'elles statuent en appel;
3. dans les cas prévus à l'article 37 de la Convention, les juridictions mentionnées audit article.

## Article 3

1. Lorsqu'une question portant sur l'interprétation de la Convention et des autres textes mentionnés à l'article 1 est soulevée dans une affaire pendante devant une juridiction indiquée à l'article 2 point 1, cette juridiction, si elle estime qu'une décision sur ce point est nécessaire pour rendre son jugement, est tenue de demander à la Cour de Justice de statuer sur cette question.

2. Lorsqu'une telle question est soulevée devant une juridiction indiquée à l'article 2 points 2 et 3, cette juridiction peut, dans les conditions déterminées au paragraphe 1, demander à la Cour de Justice de statuer.

## Article 4

1. L'autorité compétente d'un Etat Contractant a la faculté de demander à la Cour de Justice de se prononcer sur une question d'interprétation de la Convention et des autres textes mentionnés à l'article 1 si des décisions rendues par des juridictions de cet Etat sont en contradiction avec l'interprétation donnée, soit par la Cour de Justice, soit par une décision d'une juridiction d'un autre Etat Contractant mentionnée à l'article 2 points 1 et 2. Les dispositions du présent paragraphe ne s'appliquent qu'aux décisions passées en force de chose jugée.

2. L'interprétation donnée par la Cour de Justice à la suite d'une telle demande est sans effet sur les décisions à l'occasion desquelles l'interprétation lui a été demandée.

3. Sont compétents pour saisir la Cour de Justice d'une demande d'interprétation conformément au paragraphe 1, les Procureurs généraux près les Cours de Cassation des Etats Contractants ou toute autre autorité désignée par un Etat Contractant.

4. Le Greffier de la Cour de Justice notifie la demande aux Etats Contractants, à la Commission et au Conseil des Communautés Européennes qui, dans un délai de deux mois à compter de cette notification, ont le droit de déposer devant la Cour des mémoires ou observations écrites.

## Articolo 2

Le seguenti giurisdizioni hanno il potere di domandare alla Corte di Giustizia di pronunciarsi, in via pregiudiziale, su una questione di interpretazione:

1. in Belgio: la Cour de Cassation — het Hof van Cassatie, e le Conseil d'Etat — de Raad van State,

nella Repubblica Federale di Germania: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,

in Francia: la Cour de Cassation et le Conseil d'Etat,

in Italia: la Corte Suprema di Cassazione,

nel Lussemburgo: la Cour supérieure de Justice siégeant comme cour de cassation,

nei Paesi Bassi: de Hoge Raad;

2. le giurisdizioni degli Stati contraenti quando giudicano in grado d'appello;

3. nei casi previsti dall'articolo 37 della Convenzione, le giurisdizioni indicate nello stesso articolo.

## Articolo 3

1. Quando una questione relativa all'interpretazione della Convenzione e degli altri testi di cui all'articolo 1 viene sollevata in un giudizio pendente davanti ad una delle giurisdizioni indicate nell'articolo 2, punto 1, tale giurisdizione, qualora reputi necessaria per emanare la sua sentenza una decisione su questo punto, è tenuta a domandare alla Corte di Giustizia di pronunciarsi sulla questione.

2. Quando una questione del genere è sollevata davanti ad una delle giurisdizioni indicate nell'articolo 2, punti 2 e 3, tale giurisdizione può, alle condizioni determinate nel paragrafo 1, domandare alla Corte di Giustizia di pronunciarsi sulla questione.

## Articolo 4

1. L'autorità competente di uno Stato contraente ha facoltà di domandare alla Corte di Giustizia di pronunciarsi su una questione di interpretazione della Convenzione e degli altri testi di cui all'articolo 1, quando una o più decisioni emanate da giurisdizioni di detto Stato siano in contrasto con l'interpretazione data o dalla Corte di Giustizia o da una decisione delle giurisdizioni di un altro Stato contraente indicate nell'articolo 2, punti 1 e 2. Le disposizioni del presente paragrafo si applicano soltanto nei riguardi delle decisioni passate in giudicato.

2. L'interpretazione data dalla Corte di Giustizia, a seguito di tale domanda, non produce effetto sulle decisioni che hanno dato motivo alla richiesta di interpretazione.

3. La competenza a proporre alla Corte di Giustizia la domanda d'interpretazione ai sensi del paragrafo 1 spetta ai Procuratori Generali presso le Corti di Cassazione degli Stati contraenti o ad ogni altra autorità designata da uno di detti Stati.

4. Il Cancelliere della Corte di Giustizia notifica la domanda agli Stati contraenti, alla Commissione ed al Consiglio delle Comunità Europee che, nel termine di due mesi dalla data di detta notifica, hanno diritto di presentare alla Corte memorie ovvero osservazioni scritte.

## Artikel 2

De volgende rechterlijke instanties kunnen het Hof van Justitie verzoeken, bij wijze van prejudiciële beslissing, een uitspraak te doen over een vraagstuk van uitlegging:

1. in België: het Hof van Cassatie — la Cour de Cassation en de Raad van State — le Conseil d'Etat,

in de Bondsrepubliek Duitsland: die obersten Gerichtshöfe des Bundes,

in Frankrijk: la Cour de Cassation alsmede le Conseil d'Etat,

in Italië: la Corte Suprema di Cassazione,

in Luxemburg: la Cour supérieure de Justice siégeant comme cour de cassation,

in Nederland: de Hoge Raad;

2. de rechterlijke instanties van de verdragsluitende Staten, wanneer zij recht spreken in hoger beroep;

3. in de gevallen, bedoeld in artikel 37 van het Verdrag, de in dat artikel genoemde rechterlijke instanties.

## Artikel 3

1. Indien een vraag betreffende de uitlegging van het Verdrag en van de andere in artikel 1 genoemde teksten wordt opgeworpen in een zaak aanhangig bij een rechterlijke instantie genoemd onder punt 1 van artikel 2, is deze instantie, indien zij een beslissing op dit punt noodzakelijk acht voor het wijzen van haar vonnis, gehouden het Hof van Justitie te verzoeken over deze vraag een uitspraak te doen.

2. Indien een vraag te dien aanzien wordt opgeworpen voor een onder de punten 2 en 3 van artikel 2 genoemde rechterlijke instantie, kan deze instantie, onder de in lid 1 bepaalde voorwaarden, het Hof van Justitie verzoeken uitspraak te doen.

## Artikel 4

1. De bevoegde autoriteit van een verdragsluitende Staat kan aan het Hof van Justitie verzoeken zich uit te spreken over een vraagstuk betreffende de uitlegging van het Verdrag en van de andere in artikel 1 genoemde teksten, indien de door de rechterlijke instanties van deze Staat gegeven beslissingen in strijd zijn met de door het Hof van Justitie of in een uitspraak van een rechterlijke instantie van een andere verdragsluitende Staat, genoemd onder de punten 1 en 2 van artikel 2, gegeven uitlegging. De bepalingen van dit lid zijn slechts van toepassing op uitspraken die kracht van gewijsde hebben verkregen.

2. De door het Hof van Justitie naar aanleiding van een dergelijk verzoek gegeven uitlegging heeft geen gevolg ten aanzien van de uitspraken ter gelegenheid waarvan het Hof om uitlegging is verzocht.

3. De Procureurs-Generaal bij de Hoven van Cassatie van de verdragsluitende Staten of elke andere door een Verdragsluitende Staat of elke andere door een Verdragsluitende Staat aangewezen autoriteit zijn bevoegd, zich met een verzoek om uitlegging als bedoeld in lid 1 tot het Hof van Justitie te wenden.

4. De Griffier van het Hof van Justitie geeft kennis van het verzoek aan de verdragsluitende Staten, aan de Commissie en aan de Raad van de Europese Gemeenschappen, die het recht hebben binnen twee maanden te rekenen vanaf deze kennisgeving bij het Hof memories of schriftelijke opmerkingen in te dienen.

(5) In dem in diesem Artikel vorgesehenen Verfahren werden Kosten weder erhoben noch erstattet.

#### Artikel 5

(1) Soweit dieses Protokoll nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des dem Vertrag beigefügten Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs, die anzuwenden sind, wenn der Gerichtshof im Wege der Vorabentscheidung zu entscheiden hat, auch für das Verfahren zur Auslegung des Übereinkommens und der anderen in Artikel 1 genannten Übereinkünfte.

(2) Die Verfahrensordnung des Gerichtshofs wird, soweit erforderlich, gemäß Artikel 188 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angepaßt und ergänzt.

#### Artikel 6

(1) Dieses Protokoll gilt für das europäische Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten, für die französischen überseeischen Departements und für die französischen überseeischen Gebiete.

(2) Das Königreich der Niederlande kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifizierung dieses Protokolls oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch Notifikation an den Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften erklären, daß dieses Protokoll für Surinam und die Niederländischen Antillen gilt.

#### Artikel 7

Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

#### Artikel 8

Dieses Protokoll tritt am ersten Tage des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch denjenigen Unterzeichnerstaat folgt, der diese Förmlichkeit als letzter vornimmt. Es tritt jedoch frühestens gleichzeitig mit dem Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen in Kraft.

#### Artikel 9

Die Vertragsstaaten bekräftigen, daß jeder Staat, der Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird und auf den Artikel 63 des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen Anwendung findet, die Bestimmungen dieses Protokolls vorbehaltlich der erforderlichen Anpassungen annehmen muß.

#### Artikel 10

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften notifiziert den Unterzeichnerstaaten:

- a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;
- b) den Tag, an dem dieses Protokoll in Kraft tritt;
- c) die gemäß Artikel 4 Abs. 3 eingegangenen Erklärungen;
- d) die gemäß Artikel 6 Abs. 2 eingegangenen Erklärungen.

5. La procédure prévue au présent article ne donne lieu ni à la perception ni au remboursement des frais et dépens.

#### Article 5

1. Dans la mesure où le présent Protocole n'en dispose pas autrement, les dispositions du Traité instituant la Communauté Economique Européenne et celles du Protocole sur le Statut de la Cour de Justice y annexé, qui sont applicables lorsque la Cour est appelée à statuer à titre préjudiciel, s'appliquent également à la procédure d'interprétation de la Convention et des autres textes mentionnés à l'article 1.

2. Le Règlement de procédure de la Cour de Justice est adapté et complété, si besoin est, conformément à l'article 188 du Traité instituant la Communauté Economique Européenne.

#### Article 6

1. Le présent Protocole s'applique au territoire européen des Etats Contractants, aux départements français d'outre-mer, ainsi qu'aux territoires français d'outre-mer.

2. Le Royaume des Pays-Bas peut déclarer, au moment de la signature ou de la ratification du présent Protocole ou à tout moment ultérieur, par voie de notification au Secrétaire général du Conseil des Communautés Européennes, que le présent Protocole est applicable au Surinam et aux Antilles néerlandaises.

#### Article 7

Le présent Protocole sera ratifié par les Etats signataires. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général du Conseil des Communautés Européennes.

#### Article 8

Le présent Protocole entre en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le dépôt de l'instrument de ratification de l'Etat signataire qui procède le dernier à cette formalité. Toutefois, son entrée en vigueur intervient au plus tôt en même temps que celle de la Convention du 27 septembre 1968 concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale.

#### Article 9

Les Etats Contractants reconnaissent que tout Etat qui devient membre de la Communauté Economique Européenne et auquel s'applique l'article 63 de la Convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale doit accepter les dispositions du présent Protocole, sous réserve des adaptations nécessaires.

#### Article 10

Le Secrétaire général du Conseil des Communautés Européennes notifie aux Etats signataires:

- a) le dépôt de tout instrument de ratification;
- b) la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;
- c) les déclarations reçues en application de l'article 4 paragraphe 3;
- d) les déclarations reçues en application de l'article 6 deuxième alinéa.

5. La procedura prevista dal presente articolo non comporta né la percezione né il rimborso di spese giudiziali.

#### Articolo 5

1. Per quanto non diversamente disposto dal presente Protocollo, le disposizioni del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e quelle del Protocollo sullo Statuto della Corte di Giustizia, ad esso allegato, che sono applicabili quando la Corte è chiamata a pronunciarsi in via pregiudiziale, si applicano anche alla procedura d'interpretazione della Convenzione e degli altri testi di cui all'articolo 1.

2. Il regolamento di procedura della Corte di Giustizia sarà adattato e completato, per quanto necessario, ai sensi dell'articolo 188 del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea.

#### Articolo 6

1. Il presente Protocollo si applica al territorio europeo degli Stati contraenti, ai dipartimenti francesi d'oltremare, nonché ai territori francesi d'oltremare.

2. Il Regno dei Paesi Bassi può, al momento della firma o della ratifica del presente Protocollo, ovvero successivamente, dichiarare, mediante notifica al Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee, che il presente Protocollo si applicherà al Surinam ed alle Antille olandesi.

#### Articolo 7

Il presente Protocollo sarà ratificato dagli Stati firmatari. Gli strumenti di ratifica saranno depositati presso il Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee.

#### Articolo 8

Il presente Protocollo entrerà in vigore il primo giorno del terzo mese successivo all'avvenuto deposito dello strumento di ratifica da parte dello Stato firmatario che procederà per ultimo a tale formalità. Tuttavia la sua entrata in vigore avverrà non prima di quella della Convenzione del 27 settembre 1968 concernente la competenza giurisdizionale e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale.

#### Articolo 9

Gli Stati contraenti riconoscono che ogni Stato che diventa membro della Comunità Economica Europea ed al quale si applica l'articolo 63 della Convenzione concernente la competenza giurisdizionale e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale dovrà accettare le disposizioni del presente Protocollo, con riserva degli adattamenti necessari.

#### Articolo 10

Il Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee notificherà agli Stati firmatari:

- a) il deposito di ogni strumento di ratifica;
- b) la data di entrata in vigore del presente Protocollo;
- c) le dichiarazioni ricevute in applicazione dell'articolo 4, paragrafo 3;
- d) le dichiarazioni ricevute in applicazione dell'articolo 6, secondo comma.

5. De in het onderhavige artikel omschreven procedure geeft geen aanleiding tot inning noch tot vergoeding van kosten of uitgaven.

#### Artikel 5

1. Voor zover dit protocol niet anders bepaalt, zijn de bepalingen van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap en die van het daaraan gehechte protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie, die van toepassing zijn wanneer het Hof bij wijze van prejudiciële beslissing een uitspraak dient te doen, tevens van toepassing op de procedure inzake de uitlegging van het Verdrag en van de andere in artikel 1 genoemde teksten.

2. Het Reglement voor de procesvoering van het Hof van Justitie zal zo nodig worden aangepast en aangevuld overeenkomstig artikel 188 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap.

#### Artikel 6

1. Dit protocol is van toepassing op het Europese grondgebied van de verdragsluitende Staten, de Franse overzeese departementen en de Franse overzeese gebieden.

2. Het Koninkrijk der Nederlanden kan op het tijdstip van de ondertekening of de bekrachtiging van dit protocol, of op elk tijdstip nadien, door middel van een kennisgeving aan de Secretaris-Generaal van de Raad van de Europese Gemeenschappen verklaren dat dit protocol van toepassing zal zijn op Suriname en de Nederlandse Antillen.

#### Artikel 7

Dit protocol wordt door de ondertekenende Staten bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden nedergelegd bij de Secretaris-Generaal van de Raad van de Europese Gemeenschappen.

#### Artikel 8

Dit protocol treedt in werking op de eerste dag van de derde maand die volgt op het nederleggen van de akte van bekrachtiging door de ondertekenende Staat, die als laatste deze handeling verricht. Het protocol treedt evenwel niet eerder in werking dan het Verdrag van 27 september 1968 betreffende de rechterlijke bevoegdheid en de tenuitvoerlegging van beslissingen in burgerlijke en handelszaken.

#### Artikel 9

De verdragsluitende partijen erkennen dat elke Staat die lid wordt van de Europese Economische Gemeenschap en waarop artikel 63 van het Verdrag betreffende de rechterlijke bevoegdheid en de tenuitvoerlegging van beslissingen in burgerlijke en handelszaken van toepassing is de bepalingen van het onderhavige protocol dient te aanvaarden onder voorbehoud van de noodzakelijke aanpassingen.

#### Artikel 10

De Secretaris-Generaal van de Raad van de Europese Gemeenschappen stelt de ondertekenende Staten in kennis van:

- a) het nederleggen van iedere akte van bekrachtiging;
- b) de datum van inwerkingtreding van dit Protocol;
- c) de ingevolge artikel 4, lid 3, ontvangen verklaringen;
- d) de ingevolge artikel 6, tweede alinea, ontvangen verklaringen.

## Artikel 11

Die Vertragsstaaten teilen dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften den Wortlaut ihrer gesetzlichen Vorschriften mit, die zu einer Änderung der Liste der in Artikel 2 Nr. 1 bezeichneten Gerichte führen.

## Artikel 12

Dieses Protokoll gilt auf unbegrenzte Zeit.

## Artikel 13

Jeder Vertragsstaat kann eine Revision dieses Protokolls beantragen. In diesem Fall beruft der Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften eine Revisionskonferenz ein.

## Artikel 14

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter dieses Protokoll gesetzt.

GESCHEHEN zu Luxemburg am dritten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig

## Article 11

Les Etats Contractants communiqueront au Secrétaire général du Conseil des Communautés Européennes les textes de leurs dispositions législatives qui impliquent une modification de la liste des juridictions désignées à l'article 2 point 1.

## Article 12

Le présent Protocole est conclu pour une durée illimitée.

## Article 13

Chaque Etat Contractant peut demander la révision du présent Protocole. Dans ce cas, une conférence de révision est convoquée par le Président du Conseil des Communautés Européennes.

## Article 14

Le présent Protocole, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, est déposé dans les archives du Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes. Le Secrétaire général en remet une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des Etats signataires.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas du présent Protocole.

FAIT à Luxembourg, le trois juin mil neuf cent soixante-et-onze

Pour Sa Majesté le Roi des Belges,  
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen,  
Alfons V r a n c k x

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,  
Gerhard J a h n

Pour le Président de la République Française,  
René P l e v e n

Per il Presidente della Repubblica Italiana,  
Erminio P e n n a c c h i n i

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,  
Eugène S c h a u s

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,  
C. H. F. P o l a k

## Articolo 11

Gli Stati contraenti comunicheranno al Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee i testi delle disposizioni legislative che implicino una modifica dell'elenco delle giurisdizioni di cui all'articolo 2, punto 1.

## Articolo 12

Il presente Protocollo è concluso per una durata illimitata.

## Articolo 13

Ogni Stato contraente può chiedere la revisione del presente Protocollo. In tal caso, il Presidente del Consiglio delle Comunità Europee convoca una conferenza di revisione.

## Articolo 14

Il presente Protocollo, redatto in unico esemplare in lingua tedesca, in lingua francese, in lingua italiana e in lingua olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee. Il Segretario Generale provvederà a trasmettere copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

FATTO a Lussemburgo, addì tre giugno millenovecentosettantuno

## Artikel 11

De verdragsluitende Staten doen aan de Secretaris-Generaal van de Raad van de Europese Gemeenschappen mededeling van de teksten van hun wettelijke bepalingen die een wijziging van de lijst van de in artikel 2, punt 1, genoemde rechterlijke instanties met zich medebrengen.

## Artikel 12

Dit Protocol wordt voor onbeperkte tijd gesloten.

## Artikel 13

Iedere verdragsluitende Staat kan verzoeken om herziening van dit Protocol. In dat geval roept de Voorzitter van de Raad van de Europese Gemeenschappen een conferentie voor de herziening bijeen.

## Artikel 14

Dit Protocol, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, welke vier teksten gelijkelijk authentiek zijn, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raad van de Europese Gemeenschappen. De Secretaris-Generaal zendt een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toe aan de Regering van elke ondertekenende Staat.

TEN BLIJKE WAARVAN de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder dit Protocol hebben gesteld.

GEDAAN te Luxemburg, de derde juni negentienhonderdeenzeventig

Pour Sa Majesté le Roi des Belges,  
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen,  
Alfons Vranckx

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,  
Gerhard Jahn

Pour le Président de la République Française,  
René Pleven

Per il Presidente della Repubblica Italiana,  
Erminio Pennacchini

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,  
Eugène Schaus

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,  
C. H. F. Polak

### Gemeinsame Erklärung

Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande —

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof,

In dem Wunsch, eine möglichst wirksame und einheitliche Anwendung dieses Protokolls zu gewährleisten —

Erklären sich bereit, im Benehmen mit dem Gerichtshof einen Austausch von Informationen über die Entscheidungen einzurichten, die von den in Artikel 2 Nr. 1 des Protokolls angeführten Gerichten in Anwendung des Übereinkommens und des Protokolls vom 27. September 1968 erlassen werden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschrift unter diese Gemeinsame Erklärung gesetzt.

GESCHEHEN zu Luxemburg am dritten Juni neunzehnhunderteinundsiebzig

### Déclaration commune

Les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République Fédérale d'Allemagne, de la République Française, de la République Italienne, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas,

au moment de la signature du Protocole concernant l'interprétation par la Cour de Justice de la Convention du 27 septembre 1968 concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale,

désirant assurer une application aussi efficace et uniforme que possible de ses dispositions,

se déclarent prêts à organiser, en liaison avec la Cour de Justice, un échange d'information concernant les décisions rendues par les juridictions mentionnées à l'article 2 point 1 dudit Protocole en application de la Convention et du Protocole du 27 septembre 1968.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés ont apposé leur signature au bas de la présente Déclaration commune.

FAIT à Luxembourg, le trois juin mil neuf cent soixante et onze

Pour Sa Majesté le Roi des Belges,  
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen,  
Alfons V r a n c k x

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,  
Gerhard J a h n

Pour le Président de la République Française,  
René P l e v e n

Per il Presidente della Repubblica Italiana,  
Erminio P e n n a c c h i n i

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,  
Eugène S c h a u s

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,  
C. H. F. P o l a k



**Dichiarazione comune**

I Governi del Regno del Belgio, della Repubblica Federale di Germania, della Repubblica francese, della Repubblica italiana, del Granducato del Lussemburgo e del Regno dei Paesi Bassi,

al momento della firma del Protocollo sull'interpretazione da parte della Corte di Giustizia della Convenzione del 27 settembre 1968 concernente la competenza giurisdizionale e l'esecuzione delle decisioni in materia civile e commerciale,

desiderosi di garantire un'applicazione quanto più possibile efficace ed uniforme delle disposizioni di detto Protocollo,

si dichiarano pronti ad organizzare di concerto con la Corte di Giustizia uno scambio d'informazioni relativo alle decisioni emanate dalle giurisdizioni di cui all'articolo 2, punto 1 di detto Protocollo in applicazione della Convenzione e del Protocollo del 27 settembre 1968.

IN FEDE DI CHE i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente Dichiarazione comune.

FATTO a Lussemburgo, addì tre giugno millenovecentosettantuno

**Gemeenschappelijke Verklaring**

De Regeringen van het Koninkrijk België, van de Bondsrepubliek Duitsland, van de Franse Republiek, van de Italiaanse Republiek, van het Groothertogdom Luxemburg en van het Koninkrijk der Nederlanden,

op het ogenblik van de ondertekening van het Protocol betreffende de uitlegging door het Hof van Justitie van het Verdrag van 27 september 1968 betreffende de rechterlijke bevoegdheid en de tenuitvoerlegging van beslissingen in burgerlijke en handelszaken,

geleid door de wens een zo doeltreffend en uniform mogelijke toepassing van de bepalingen van dit Protocol te verzekeren,

verklaren zich bereid om in verbinding met het Hof van Justitie een uitwisseling van inlichtingen te bewerkstelligen betreffende de uitspraken van de rechterlijke instanties genoemd onder punt 1 van artikel 2 van voornoemd Protocol ter uitvoering van het Verdrag en van het Protocol van 27 september 1968.

TEN BLIJKE WAARVAN de onderscheiden gevolmachtigden hun handtekening onder deze Gemeenschappelijke Verklaring hebben gesteld.

GEDAAN te Luxemburg, de derde juni negentienhonderdeenzeventig

Pour Sa Majesté le Roi des Belges,  
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen,  
Alfons V r a n c k x

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,  
Gerhard J a h n

Pour le Président de la République Française,  
René P l e v e n

Per il Presidente della Repubblica Italiana,  
Erminio P e n n a c c h i n i

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,  
Eugène S c h a u s

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,  
C. H. F. P o l a k

## Denkschrift zum Protokoll

1. Das „Protokoll betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof“ ist im Rahmen der ersten Ratstagung der Justizminister in Luxemburg am 3. Juni 1971 unterzeichnet worden. Es soll vermeiden, daß zu dem Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen (vgl. BT-Drucksache VI/1973) sich zwischen den einzelnen Vertragsstaaten eine unterschiedliche Rechtsprechung entwickelt und verfestigt. Die Zusatzvereinbarung zu dem Übereinkommen vom 27. September 1968 dient somit der Erfüllung der Verpflichtung, welche die Vertragsstaaten in der dem Übereinkommen als Anhang beigefügten „Gemeinsamen Erklärung“ (vgl. BT-Drucksache VI/1973 S. 42) übernommen haben; in dieser Erklärung haben die Staaten „in dem Bestreben zu verhindern, daß durch unterschiedliche Auslegung die durch dieses Übereinkommen angestrebte Einheitlichkeit beeinträchtigt wird“, sich bereit erklärt, „... insbesondere die Möglichkeit zu untersuchen, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften bestimmte Zuständigkeiten zu übertragen und gegebenenfalls über den Abschluß eines derartigen Übereinkommens zu verhandeln“.

In der Tat kann die Bedeutung, die der Wahrung einer einheitlichen Auslegung des Übereinkommens durch die Gerichte der einzelnen Vertragsstaaten zukommt, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Rechtseinheit auf dem Gebiete der internationalen Zuständigkeit der Gerichte und der internationalen Vollstreckung, die das Übereinkommen vom 27. September 1968 im Interesse des guten Funktionierens des Gemeinsamen Marktes zwischen den Vertragsstaaten verwirklichen will, könnte leicht wieder verlorengehen oder wesentlich abgeschwächt werden, wenn die Auslegung der vereinheitlichten Rechtsnormen in den einzelnen Vertragsstaaten erheblich voneinander abweichen würde und wenn diese Widersprüche in der Rechtsprechung nicht behoben werden könnten. Mit den Geboten der Gerechtigkeit und der Rechtssicherheit würde es nicht in Einklang stehen, wenn ein Fall voraussichtlich unterschiedlich beurteilt würde, je nachdem in welchem Vertragsstaat er vor ein Gericht gebracht würde. Auch der Grundsatz der Gegenseitigkeit, auf dem das Übereinkommen beruht, würde verletzt werden, wenn die Gerichte der einzelnen Vertragsstaaten das Übereinkommen unterschiedlich handhaben würden und damit die Rechte und Pflichten aus der vertraglichen Regelung praktisch nicht mehr für alle Vertragsstaaten die gleichen wären. Die deutsche Seite hat deshalb sich besonders dafür eingesetzt, daß die Absichtserklärung zu dem Übereinkommen vom 27. September 1968 alsbald und in wirksamer Weise verwirklicht werde.

2. In der Gemeinsamen Erklärung zu dem Übereinkommen vom 27. September 1968, die den Anstoß zu dem vorliegenden Protokoll gab, wird auch darauf Bezug genommen, daß „positive oder negative Kompetenzkonflikte bei Anwendung dieses Übereinkommens entstehen können“.

Der Brüsseler Sachverständigenausschuß, der mit der Vorbereitung des Protokolls beauftragt war, hat geprüft, ob besondere Maßnahmen zur Vermeidung von Kompetenzkonflikten erforderlich seien. Der Ausschuß ist nach eingehenden Erörterungen zu der Ansicht gelangt, in das geplante Protokoll seien besondere Vorschriften für Kompetenzkonflikte nicht aufzunehmen; negative oder positive Konflikte zwischen den Gerichten der Vertragsstaaten würden durch bestimmte Vorschriften des Übereinkommens selbst, aber auch durch das Protokoll weitgehend ausgeschlossen. Wie am Ende des dieser Denkschrift beigefügten Berichts zu dem Protokoll, den die Regierungssachverständigen angefertigt haben, dargelegt ist, werden insbesondere die Vorschriften des Übereinkommens über „Rechtshängigkeit und im Zusammenhang stehende Verfahren“ (Artikel 21 bis 23) derartigen Konflikten entgegenwirken; auch den Vorschriften über die „Prüfung der Zuständigkeit“ (Artikel 19, 20) sowie über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen (Artikel 25 ff.) wird diese erwünschte Wirkung zukommen.

3. Inhaltlich lehnt sich die Regelung des Protokolls eng an Artikel 177 EWG-Vertrag an. Die Lösung, daß der Gerichtshof über Auslegungszweifel im Wege der Vorabentscheidung nach dem Vorbild des Artikels 177 EWG-Vertrag entscheiden soll, lag schon im Interesse der Einheitlichkeit nahe; sie war auch zur Anpassung an die institutionellen Gegebenheiten in den Europäischen Gemeinschaften geboten.

Bei der Ausgestaltung im einzelnen hielt es allerdings der Sachverständigenausschuß, der vom Rat der Europäischen Gemeinschaften zur Vorbereitung des Protokolls eingesetzt worden war, für notwendig, gewisse Abweichungen vom Mechanismus des Artikels 177 EWG-Vertrag vorzusehen, um den Zielen und Besonderheiten des Übereinkommens vom 27. September 1968 Rechnung zu tragen.

Auf diese Besonderheiten ist es auch zurückzuführen, wenn zu den beiden bisher im Rahmen des Artikels 220 EWG-Vertrag abgeschlossenen Übereinkommen (außer dem Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen das Übereinkommen vom 29. Februar 1968 über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen — BT-Drucksache VI/1976 —) getrennte Zusatzprotokolle ausgearbeitet wurden, obwohl integrationspolitische und gemeinschaftsrechtliche Gründe an sich für eine allgemeine Verweisung auf Artikel 177 EWG-Vertrag gesprochen hätten.

Die Abweichungen, die das Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen vom 27. September 1968 gegenüber dem Artikel 177 EWG-Vertrag aufweist, führen insgesamt gesehen zu einer gewissen Beschränkung der Vorlagen an den Gerichtshof. Diese Einschränkung wurde aus verfahrensrechtlichen Überlegungen für erforderlich gehalten, um das Verfahren vor den nationalen Gerichten nicht zu verzögern und um den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vor einer Überlastung zu bewahren. Im einzelnen sind die Besonderheiten des Zusatzprotokolls und die Gründe, die dafür maßgebend waren, in dem Bericht des Brüsseler Sachverständigenausschusses dargelegt (vgl. Nummer 1 der Anlage zur Denkschrift).

4. Der Bericht des Sachverständigenausschusses, der zusammen mit dem Entwurf des Protokolls dem Rat der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt wurde, gibt die gemeinsame Auffassung der Sachverständigen aus den Vertragsstaaten zum Wortlaut des Protokolls wieder.

Die Erläuterungen zu dem Entwurf, der gegenüber der endgültigen Fassung des Protokolls nicht mehr geändert wurde, sind von großem Interesse. Der Ausschuß hat auf die Ausarbeitung des Berichts nicht zuletzt deshalb besondere Sorgfalt verwendet, um eine einheitliche Auslegung der Zusatzvereinbarung in den einzelnen Vertragsstaaten zu fördern.

Wegen seiner allgemeinen Bedeutung wird der Bericht in der Anlage dieser Denkschrift beigelegt. Zur Erläuterung der einzelnen Artikel des Protokolls wird auf die Ausführungen des Berichts Bezug genommen.

5. Das Protokoll ist wie das Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, das es nachträglich ergänzen soll, eine völkerrechtliche Übereinkunft, die allerdings eng mit den Europäischen Gemeinschaften verbunden ist. Das Zusatzprotokoll bedarf der Ratifizierung durch die Vertragsstaaten (Artikel 7). Es tritt am ersten Tage des dritten Monats nach Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft (Artikel 8). Die Französische Republik hat bereits das Protokoll ratifiziert.

Das Protokoll hat nicht die Bedeutung einer Änderung des EWG-Vertrags. Schon deshalb müssen bei seinem Abschluß und bei seinem Inkrafttreten die Bestimmungen des Artikels 236 EWG-Vertrag nicht eingehalten werden. Der Gemeinsame Bericht der Sachverständigen, die diese Frage eingehend geprüft haben, enthält in seinem (in der Anlage nicht mitabgedruckten) Eingang hierzu folgende Bemerkungen:

„Beim Abschluß des Protokolls brauchte das Verfahren des Artikels 236 des Vertrags nicht herangezogen zu werden; das Protokoll betrifft nämlich die Auslegung von auf Grund von Artikel 220 des Vertrags geschlossenen Übereinkommen und hat somit keine Revision des Vertrags zum Gegenstand. Mit diesen Protokollen wird dem Gerichtshof lediglich eine neue Zuständigkeit übertragen, die zu den bereits bestehenden Zuständigkeiten, die selbst unverändert bleiben, hinzukommen.“

## Anlage zur Denkschrift

**Bericht zu dem Protokoll  
betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968  
über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen  
in Zivil- und Handelssachen durch den Gerichtshof**

— unterzeichnet in Luxemburg am 3. Juni 1971 —

1. Die Prüfung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen hat ergeben, daß das Übereinkommen Besonderheiten aufweist, die ein eigenes Verfahren für seine Auslegung durch den Gerichtshof rechtfertigen.

Es besteht zwar Übereinstimmung darüber, daß eine einheitliche Auslegung des genannten Übereinkommens notwendig ist, dem Gerichtshof zu diesem Zweck neue Zuständigkeiten zu übertragen sind und daß eine Regelung vorzusehen ist, die sich weitgehend an Artikel 177 anlehnt; jedoch wurde die Befürchtung geäußert, daß in Anbetracht der zahlreichen und unterschiedlichen Fälle, auf die das Übereinkommen anwendbar ist, das Vorabentscheidungsverfahren des Artikels 177 von einer Prozeßpartei zu Verschleppungszwecken oder als Druckmittel gegenüber einem wirtschaftlich schwachen Gegner benutzt werden und letztlich zu Mißbrauch führen kann.

1<sup>o</sup>) Das Übereinkommen dürfte in zahlreichen Fällen Anwendung finden. Es regelt nicht nur die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen, sondern auch die gerichtliche Zuständigkeit im internationalen Rahmen, insbesondere in allen Fällen, in denen eine Person vor einem Gericht eines Vertragsstaates erscheinen soll, in dem sie nicht wohnhaft ist. Außerdem betrifft es nicht begrenzte Sachgebiete, wie z. B. das Übereinkommen über die Anerkennung der Gesellschaften, sondern alle vermögensrechtlichen Zivil- und Handelssachen (Streitigkeiten in Vertrags-, Haftungs- und Unterhaltssachen usw.).

2<sup>o</sup>) Für die Phase der Anerkennung und Vollstreckung sieht das Übereinkommen in Artikel 34 vor, daß das mit dem Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel befaßte Gericht seine Entscheidung unverzüglich erläßt, ohne daß der Vollstreckungsschuldner in diesem Verfahrensabschnitt Einwendungen vortragen könnte.

Offensichtlich würde ein in dieser Phase vor dem Gerichtshof eingebrachter Antrag auf Vorabentscheidung das Ziel des Übereinkommens außer acht lassen, welches durch eine Neuerung — die Vereinheitlichung des Exequaturverfahrens und die Einführung eines einseitigen Verfahrens — Verschleppungsmanöver verhindern und den Beklagten daran hindern will, seine Vermögenswerte der Vollstreckung zu entziehen.

3<sup>o</sup>) Schließlich darf man nicht übersehen, daß die Entscheidungen des Gerichtshofs über die Auslegung des Übereinkommens für die Parteien andere Folgen als die Entscheidungen über die Auslegung anderer Übereinkommen haben.

Sollte die Auslegung einer Regel des Übereinkommens durch den Gerichtshof zur Folge haben, daß die angerufenen Gerichte nicht zuständig sind, so wäre möglicherweise das Verfahren entweder in einem anderen Staat als demjenigen, dessen Gerichte ursprünglich befaßt worden sind, oder gegebenenfalls vor anderen Gerichten desselben Staates von Anfang an neu durchzuführen (vgl. z. B. Artikel 5 des

Übereinkommens, der besondere Zuständigkeitsregeln enthält).

2. Die Regelung des Protokolls entspricht mit den aus vorstehenden Überlegungen für erforderlich gehaltenen Anpassungen dem Mechanismus des Artikels 177. Sie läßt sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Die Gerichte, die den Gerichtshof anrufen können, werden ausdrücklich genannt.
- b) Die Möglichkeit, den Gerichtshof um eine Vorabentscheidung zu ersuchen, besteht für die erstinstanzlichen Gerichte nicht.
- c) In dem Protokoll wird festgelegt, daß die Kassationshöfe usw. zur Anrufung des Gerichtshofs verpflichtet sind, wenn ihres Erachtens eine Entscheidung des Gerichtshofs über die Auslegungsfrage zum Erlaß ihres Urteils erforderlich ist.
- d) Eine neue Möglichkeit einer Auslegung durch den Gerichtshof, die sich an das Verfahren der Kassation im Interesse des Gesetzes („pourvoi dans l'intérêt de la loi“) anlehnt, wird neben dem Vorabentscheidungsverfahren vorgesehen.

3. Artikel 1, der dem Artikel 1 des Protokolls über die Auslegung des Übereinkommens über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen entspricht, sieht die Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 nebst Protokoll sowie des Protokolls vor, das Gegenstand dieses Berichts ist.

4. Artikel 2 nennt die einzelstaatlichen Gerichte, die für die Anrufung des Gerichtshofs im Vorabentscheidungsverfahren zuständig sind.

1<sup>o</sup>) Aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß die Gerichte erster Instanz eine solche Kompetenz nicht besitzen. Damit soll in erster Linie vermieden werden, daß der Gerichtshof zu häufig und insbesondere in weniger wichtigen Fällen um Auslegung angerufen wird.

Ferner wurde die Ansicht geäußert, daß bei der Anwendung des Übereinkommens auftretende Auslegungsunterschiede zwischen Entscheidungen erstinstanzlicher Gerichte (z. B. eines „justice de paix“ oder eines Amtsgerichts) nicht stärker beachtet werden sollten, wenn die Entscheidungen rechtskräftig werden, als die Auslegungsunterschiede, die in ein und demselben Land zwischen Entscheidungen unterer Instanzen vorkommen können. Weiter wurde geltend gemacht, daß der Gerichtshof nur angerufen werden sollte, wenn er in voller Sachkenntnis entscheiden kann. Deshalb sollten die Auslegungsfragen vorher von den einzelstaatlichen Gerichten geprüft werden, zumal der Gerichtshof seine Rechtsprechung im Interesse der Rechtssicherheit nicht häufig ändern kann.

2<sup>o</sup>) In Artikel 2 Nr. 1 sind ausdrücklich die für die Anrufung des Gerichtshofs zuständigen Gerichte angeführt, darunter auch diejenigen, die nach Artikel 3 Abs. 1 zu der Anrufung verpflichtet sind. Diese Präzisierung erschien notwendig; denn die gegenwärtige Fassung des Artikels 177 Abs. 3 gab Anlaß zu unterschiedlichen Auslegungen hinsichtlich der

Gerichte, deren Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können (z. B. die in Deutschland entwickelten „abstrakten und konkreten“ Theorien).

Eine Präzisierung schien um so notwendiger, als nach der im Protokoll vorgesehenen Regelung die unteren Instanzen zur Anrufung des Gerichtshofs nicht zuständig sind.

Bei dieser Aufzählung wird auch berücksichtigt, daß das Übereinkommen vom 27. September 1968 lediglich vermögensrechtliche Zivil- und Handelssachen betrifft; daher sind nur die Gerichte aufgeführt, die über solche Sachen zu befinden haben.

- 3<sup>o</sup>) Unter Nummer 2 ist festgelegt, daß auch die Gerichte eines Vertragsstaats für die Anrufung des Gerichtshofs zuständig sind, wenn sie als Rechtsmittelinstanz entscheiden. Darunter fallen also nicht nur die Oberlandesgerichte — es sei denn, daß sie ausnahmsweise als erstinstanzliches Gericht entscheiden —, sondern auch andere Gerichte, z. B. die Landgerichte, wenn sie in einer Sache als Rechtsmittelinstanz entscheiden.

In der Bundesrepublik Deutschland umfaßt der Begriff des Rechtsmittels („appel“) auch die Beschwerde.

- 4<sup>o</sup>) Nummer 3 sieht vor, daß in den Fällen des Artikels 37 des Übereinkommens vom 27. September 1968 auch die in dem genannten Artikel angeführten Gerichte den Gerichtshof anrufen können. Es sei bemerkt, daß Artikel 37 das Rechtsmittel gegen die Entscheidung über die Zulassung der Vollstreckung einer im Ausland ergangenen Entscheidung betrifft.

5. Nach Artikel 3 ist eine höhere gerichtliche Instanz nur dann verpflichtet, den Gerichtshof mit einer Frage zu befassen, wenn sie „eine Entscheidung darüber zum Erlaß ihres Urteils für erforderlich hält“. Diese Bestimmung ist nur in Absatz 2 des Artikels 177 EWG-Vertrag enthalten, der die unteren gerichtlichen Instanzen betrifft, welche den Gerichtshof anrufen können.

Die Präzisierung in Artikel 3 Absatz 1 des Protokolls entspricht der bisher allgemein üblichen Auslegung des Artikels 177: Offenbar besteht Einigkeit darüber, daß man den höheren gerichtlichen Instanzen auf jeden Fall die Befugnis zugestehen muß, über die Erheblichkeit der Fragen, mit denen sie befaßt werden, zu entscheiden.

Diese Klarstellung hat sich als notwendig erwiesen, um unterschiedliche Auslegungen zu vermeiden. Man darf nämlich — wie bereits in dem Bericht zum Ausdruck gebracht wird (Punkt 1 Nr. 3) — nicht übersehen, daß die Entscheidungen des Gerichtshofs über die Auslegung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit andere Folgen haben als die Entscheidungen über die Auslegung anderer Übereinkommen. Wird nämlich die Zuständigkeit eines Gerichts vor einer höheren gerichtlichen Instanz angefochten und beschließt der Gerichtshof, daß das betreffende Gericht das Übereinkommen nicht richtig ausgelegt hat, so kann der Fall eintreten, daß entweder in einem anderen Staat oder gegebenenfalls vor einem anderen Gericht desselben Staates mit dem Verfahren wieder von Anfang an begonnen werden muß.

Hierdurch könnte eine Partei in Versuchung geraten, vor einer höheren gerichtlichen Instanz eine Frage der Auslegung des Übereinkommens ausschließlich zu dem Zweck aufzuwerfen, das Verfahren zu verschleppen; diese Versuchung würde noch größer sein, wenn diese Instanz automatisch verpflichtet wäre, den Gerichtshof mit der betreffenden Frage zu befassen.

Zunächst waren verschiedene Lösungen ins Auge gefaßt worden, nach denen beispielsweise die höheren ge-

richtlichen Instanzen nur dann die Möglichkeit erhalten hätten oder verpflichtet gewesen wären, den Gerichtshof anzurufen, wenn sie der Auffassung sind, von der bereits bekannten Auslegung seitens des Gerichtshofs oder anderer Gerichte abweichen zu müssen; im Hinblick auf eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung des Gemeinschaftsrechts wurde dann jedoch eine Bestimmung gewählt, die sich enger an Artikel 177 anlehnt.

Aus den oben dargelegten Gründen erscheint es notwendig, die Entscheidungsbefugnis der höheren gerichtlichen Instanzen durch einen klaren, eindeutig abgefaßten Text zu bestätigen und vor allem sicherzustellen, daß sie von jeder späteren Entwicklung unberührt bleibt, die gegebenenfalls zu einer automatischen Anwendung des Vorlageverfahrens führen könnte.

Hinsichtlich der Form unterscheidet sich Artikel 3 von Artikel 177 darin, daß in ihm zunächst die für die höheren und sodann die für die unteren Instanzen geltende Regel aufgestellt wird. Mit dieser formalen Änderung wollte man zum Ausdruck bringen, daß mit dem Protokoll ausschließlich eine spezifische Lösung für die Fragen der Auslegung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen angestrebt wird.

6. Da das Übereinkommen andererseits auch auf innerstaatliche Rechtsvorschriften verweist, ist auf die diesbezüglichen Ausführungen in dem Kommentar zum Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften (vgl. Nummer 6 \*) zu verweisen.

7. Artikel 4 führt ein neues Verfahren ein, das sich einerseits an das Verfahren der Kassation im Interesse des Gesetzes („pourvoi dans l'intérêt de la loi“) und andererseits an das Konsultativverfahren anlehnt. Es gibt in den Ländern der Gemeinschaft — mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland — einen Rechtsbehelf, die sogenannte Kassation im Interesse des Gesetzes, die es der zuständigen Justizbehörde — hier dem Generalstaatsanwalt beim Kassationshof — gestattet, gegen letztinstanzliche Entscheidungen vorzugehen, in denen das Gesetz dem Geist oder der Form nach verletzt oder falsch angewendet wird. Mit diesem Rechtsbehelf soll irrigen Gesetzesauslegungen entgegengetreten werden, wenn die Parteien eine Entscheidung mit einer irrigen Auslegung nicht vor ein höheres Gericht gebracht haben (siehe Dalloz, Encyclopédie juridique, Cassation n° 2509).

Mit Artikel 4 wird bezweckt, eine einheitliche Auslegung des Übereinkommens zu fördern und ein Verfahren einzuführen, das zu dem in Artikel 3 vorgesehenen Vorabentscheidungsverfahren hinzukommt. Damit soll in erster Linie für künftige Fälle eine einheitliche Auslegung gewährleistet werden, wenn bei schon ergangenen Entscheidungen unterschiedliche Auslegungen zutage getreten sind. Es handelt sich letztlich um ein Verfahren, das zwischen dem Verfahren der Kassation im Interesse des Gesetzes — von dem es insofern abweicht, als es keine Kassation der Entscheidung, die das Übereinkommen unrichtig ausgelegt hatte, nach sich zieht — und dem Konsultativverfahren liegt, von dem es insofern abweicht, als es auf Fälle beschränkt ist, in denen Gerichte bereits entschieden haben.

Absatz 1 bestimmt die Fälle, in denen die zuständige Stelle eines Staates den Gerichtshof anrufen kann. Es liegt im Ermessen der zuständigen Stelle, ob sie den

\*) Diese Ausführungen lauten: Da in dem Übereinkommen bisweilen auf das interne Recht verwiesen wird, stellte sich die Frage, ob die Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Auslegung dieses Rechts nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden müßte. Es wurde jedoch nicht für notwendig erachtet, diese Zuständigkeit ausdrücklich auszuschließen, da dies bereits durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs erfolgt sei.

Gerichtshof anruft; es ist anzunehmen, daß sie ihn nur anruft, wenn die Entscheidung des einzelstaatlichen Gerichts Überlegungen enthält, die ihrer Art nach zu einer Auslegung führen können, die von einer früheren Auslegung des Gerichtshofs oder der eines ausländischen Gerichts abweicht. Wenn es keinen Grund zur Änderung dieser letzteren Rechtsprechung gibt, könnten die einzelstaatlichen Behörden gegen die in ihrem Land ergangenen Entscheidungen in dem dort geltenden Verfahren einen „Rechtsbehelf im Interesse des Gesetzes“ einlegen.

Ebenso wie die „Kassation im Interesse des Gesetzes“ auf die Rechtslage der Parteien keinen Einfluß hat, sieht Absatz 2 vor, daß die Entscheidungen des Gerichtshofs auf die ihm vorgelegten Entscheidungen ohne Wirkung sind.

Hieraus geht hervor, daß die Entscheidungen des Gerichtshofs kein Anlaß für eine Wiederaufnahme des Verfahrens sein können, und zwar gegebenenfalls auch nicht im Wege eines Wiederaufnahmeantrags.

Für die Befassung des Gerichtshofs sind nach Absatz 3 zuständig die Generalstaatsanwälte bei den Kassationshöfen — weil sie in den Ländern, in denen es „die Kassation im Interesse des Gesetzes“ gibt, hierfür zuständig sind — oder jede andere Stelle, die der betreffende Staat benennt. Die Bestellung der Generalstaatsanwälte zeigt ferner, daß das Verfahren des Artikels 4 rein rechtliche Zielsetzungen hat.

Der Wortlaut des Absatzes 3 trägt den Verhältnissen in Deutschland Rechnung, wo es einen „Rechtsbehelf im Interesse des Gesetzes“ nicht gibt. Außerdem kann jeder Vertragsstaat eine andere Stelle oder sogar zwei Stellen bezeichnen, zum Beispiel den Generalstaatsanwalt bei Rechtsmitteln gegen Entscheidungen von Zivil- oder Handelsgerichten oder von Strafgerichten in Adhäsions-sachen sowie den Justizminister bei Rechtsmitteln gegen verwaltungsgerichtliche Entscheidungen.

Absatz 4 paßt Artikel 20 der Satzung des Gerichtshofs dem Verfahren des Artikels 4 an; dabei wird berücksichtigt, daß die ehemaligen Prozeßparteien kein Interesse daran haben, sich an diesem Verfahren zu beteiligen.

Es stellt sich die Frage, welche Tragweite eine nach Artikel 4 in einer Auslegungssache ergangene Entscheidung hat. Diese Entscheidung bindet die Parteien nicht.

Die Entscheidung hat nicht die Tragweite einer gesetzlichen Vorschrift und bindet daher niemanden. Selbstverständlich wird sie aber besondere Bedeutung für die Rechtsprechung haben und für die Zukunft die Richtschnur für die Rechtsprechung sämtlicher Gerichte in der Gemeinschaft bilden. In dieser Hinsicht kann sie mit einem Kassationsurteil „im Interesse des Gesetzes“ verglichen werden. Dieses Urteil bindet niemanden, bildet aber eine sehr wichtige Grundsatzentscheidung für die Zukunft und wird von den Richtern, die in der Sache entscheiden, im allgemeinen beachtet.

8. Artikel 5 des Protokolls dehnt wie Artikel 3 des Protokolls über die Auslegung des Übereinkommens über die gegenseitige Anerkennung der Gesellschaften den Anwendungsbereich der Vorschriften, welche die Zuständigkeiten des Gerichtshofs betreffen, auf die Ausübung der ihm zugewiesenen neuen Zuständigkeiten aus.

Diese Ausdehnung erfolgt jedoch selbstverständlich nur, wenn das Protokoll nichts anderes bestimmt; diese Einschränkung betrifft in erster Linie Artikel 177 des Vertrags, dessen Bestimmungen — selbst wenn sie geändert werden sollten — auf das Protokoll, das in dieser Hinsicht eigenständig ist, keine Anwendung finden.

9. Artikel 11 trägt etwaigen Änderungen der Zuständigkeiten der Gerichte in den verschiedenen Vertragsstaaten Rechnung.

10. Die übrigen Artikel des Protokolls, welche die Schlußvorschriften enthalten, bedürfen keiner besonderen Erläuterung.

Ferner wurde vorgesehen, daß ein Informationsaustausch über die Entscheidungen der in Artikel 2 Nr. 1 des Protokolls genannten Gerichte eingeführt wird, um eine möglichst wirksame und einheitliche Anwendung des Übereinkommens zu gewährleisten. Eine entsprechende Gemeinsame Erklärung ist dem Protokoll beigefügt.

11. Etwaige Probleme, die — positive oder negative — Kompetenzkonflikte aufwerfen, können weitgehend, wenn nicht vollständig, durch die Vorschriften des Übereinkommens über „die Rechtshängigkeit und im Zusammenhang stehende Verfahren“ oder — soweit sie auf unterschiedliche Auslegungen zurückzuführen sind — durch die Vorschriften des Protokolls gelöst werden.